



Niederschrift über die Sitzung des Gemeinderats der Stadt Biberach - öffentlich -

am 25.06.2007

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 18:40 Uhr

Das Gremium besteht aus Oberbürgermeister und 32 Mitgliedern

Anwesend sind

Vorsitzender

Herr Oberbürgermeister Fettback

Mitglieder

Herr Stadtrat Abele

Herr Stadtrat Aßfalg

Herr Stadtrat Braig

TOP 11 bef.

Herr Stadtrat Brenner

Frau Stadträtin Brunner

Herr Stadtrat Deeng

Frau Stadträtin Drews

Herr Stadtrat Dullenkopf

Herr Stadtrat Etzinger

Frau Stadträtin Förg

Herr Stadtrat Funk

Herr Stadtrat Garlin

Herr Stadtrat Gehring

Frau Stadträtin Goeth

Herr Stadtrat Hagel

Frau Stadträtin Handtmann

Herr Stadtrat Herzhauser

Frau Stadträtin Kapfer

Herr Stadtrat Keil

Herr Stadtrat Kolesch

ab TOP 3.3

Frau Stadträtin Kübler

Herr Stadtrat Lemli

Herr Stadtrat Prof. Dr. Nuding

Herr Stadtrat Pfender

Herr Stadtrat Rieger

Herr Stadtrat Späh

Frau Stadträtin Vollmer

Herr Stadtrat Weber

Herr Stadtrat Wiest

Verwaltung

Frau Appel, Schriftführung
Herr Ortsvorsteher Aßfalg, Stafflangen
Herr Kulturdezernent Dr. Biege
Herr Ortsvorsteher Boscher, Ringschnait
Herr Brugger, Bauverwaltungsamt
Herr Ortsvorsteher Meier, Rißegg
Herr Bürgermeister Ogertschnig
Herr Reuber, Stadtwerke Biberach GmbH bis TOP 5
Herr Schilling, Stadtwerke Biberach GmbH bis TOP 5
Herr Stiehle, Tiefbauamt bis TOP 11
Herr Wamsler, Ordnungsamt
Herr Erster Bürgermeister Wersch

entschuldigt

Frau Stadträtin Buttschardt
Herr Stadtrat Dr. Compter
Herr Stadtrat Zügel

Tagesordnung

TOP-Nr.	TOP	Drucksache Nr.
1.	40 Jahre Partnerschaft mit Valence und 50 Jahre Europa	
2.	10 Jahre StR Späh	
3.1.	Bürgerfragestunde - Vergabemodalitäten Baugebiet Innerer Grumpen, Ringschnait	
3.2.	Bürgerfragestunde: Mittellauf Kirchentreppe	
3.3.	Bürgerfragestunde: Altablagerung Lehmgrube	
4.	Bekanntgabe eines in nichtöffentlicher Sitzung des Gemeinderats gefassten Beschlusses	109/2007
5.	Neubau Omnibusbetriebshof	108/2007
6.	Kündigung der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zwischen der Stadt Biberach und der Gemeinde Warthausen	101/2007
7.	Oberflächenabdichtung der Altablagerung Lehmgrube in Mittelbiberach Kostenfortschreibung und Vergabe der Arbeiten	84/2007 + 84/2007 - 1
8.	Erhaltung der historischen Grabmale auf dem "Alten Katholischen Friedhof"	93/2007
9.	Aufhebung eines kw-Vermerkes (künftig wegfallend) an der Stelle des Kassenverwalters in der Kämmerei	99/2007
10.	Bereitstellung einer Stelle als IT-Sachbearbeiter/in	100/2007
11.	Bebauungsplan und örtliche Bauvorschriften "Riedlinger Str. Süd - 1. Änderung" a) Bericht vom Ergebnis der vorgezogenen Bürgerbeteiligung und der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange b) Billigung des Regelwerkentwurfes	103/2007
12.1.	Bekanntgaben: GPA-Prüfung	
13.1.	Verschiedenes: Lärmbelästigungen Pflugmälze	
13.2.	Verschiedenes: Fußwegekonzept	
13.3.	Verschiedenes: Fahrradabstellplätze	
13.4.	Verschiedenes: Aufgelegte Geschenke	
13.5.	Verschiedenes: Bericht aus Telawi	

Die Mitglieder wurden am 21.06.07 durch Übersendung der Tagesordnung eingeladen. Zeitpunkt und Tagesordnung der öffentlichen Sitzung wurden durch Veröffentlichung im Lokalteil der Schwäbischen Zeitung am 21.06.09 ortsüblich bekannt gegeben.

TOP 1 40 Jahre Partnerschaft mit Valence und 50 Jahre Europa

OB Fettback spricht die Aktivitäten und Veranstaltungen zum Jubiläum 40 Jahre Partnerschaft Biberach - Valence und 50 Jahre Europa an, die bislang leider auf bescheidene Bevölkerungsresonanz gestoßen seien. Sicher liege dies zum Teil auch daran, dass Europa bei den Menschen angekommen sei. Er appelliert, die noch ausstehenden Veranstaltungen zu besuchen.

TOP 2 10 Jahre StR Späh

OB Fettback gratuliert StR Späh zu seiner 10-jährigen Zugehörigkeit zum Gemeinderat.

Es wird applaudiert.

TOP 3.1 Bürgerfragestunde - Vergabemodalitäten Baugebiet Innerer Gruppen, Ringschnait

Eine Frau spricht die Vergabemodalitäten im Baugebiet Innerer Gruppen in Ringschnait an. Sie habe gehört, dass Ringschnaiter Bürger nicht bevorzugt bedacht würden, so dass es theoretisch möglich wäre, dass 50 Biberacher Familien mit drei Kindern einen Bauplatz bekämen und 20 Ringschnaiter Familien mit nur zwei Kindern leer ausgingen.

OB Fettback erwidert, man gehe von einer anderen Realität aus und dass genügend Bauplätze für Ringschnaiter Bürger vorhanden seien.

TOP 3.2 Bürgerfragestunde: Mittellauf Kirchentreppe

Frau Bärbel Jung bedankt sich für die Anbringung des Mittelhandlaufs an der Kirchentreppe.

OB Fettback erwidert, hierbei habe es sich um einen lang gehegten Wunsch der Senioren gehandelt.

TOP 3.3 Bürgerfragestunde: Altablagerung Lehmgrube

Herr Kölling fragt, ob man überlegt habe, das Material der Altablagerung Lehmgrube thermisch zu entsorgen. Es seien viele Kunststoffe enthalten.

OB Fettback lässt wissen, es sei ein Teilaushub von Material geplant, der verlagert werden solle. Problemstoffe würden der Verbrennung zugeführt. Man habe sich hierfür nach einer ausführlichen Sitzung im Bauausschuss mit Experten und Vertretern des Landratsamts entschieden und müsse sich ein Stückweit auf den Expertenrat verlassen. Die Gesamtverbrennung des Materials habe man geprüft, was zirka 20 Mio. € kosten würde.

Herr Brugger bestätigt, dass eine Verbrennung des gesamten Materials wesentlich teurer wäre, weshalb deponiefähiges Material umgeschichtet werde.

**TOP 4 Bekanntgabe eines in nichtöffentlicher Sitzung des Gemeinderats
 gefassten Beschlusses**

109/2007

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 109/2007 zur Information vor.

Damit hat der Gemeinderat Kenntnis genommen.

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigelegte Drucksache Nr. 108/2007 zur Beratung vor.

OB Fettback lässt wissen, man habe das Projekt zur Förderung angemeldet und könne stolz auf die Bewilligung sein, da in Baden-Württemberg nur zwei Projekte gefördert würden. Auch der Landkreis befürworte die Maßnahme.

Anschließend erläutert Herr Schilling den Sachverhalt und die Planung. Mit der Baumaßnahme solle im Oktober 2007 begonnen und diese im Herbst 2008 fertiggestellt werden. Die Investitionssumme beziffert er mit rund 3,3 Mio. €, wovon 2,1 Mio. € Zuschuss seien.

StR Abele sieht diese Maßnahme als weiteren Beweis dafür, dass die Stadt Geld in die Hand nehme, um die Servicequalität im Nahverkehr zu verbessern. Dieses Projekt bringe den ÖPNV für lange Zeit voran, weshalb die CDU-Fraktion gerne zustimme. Die CDU trete für gleichberechtigte Qualität aller Verkehrsmittel ein. In der Vergangenheit habe man viel für den Kraftfahrzeugverkehr getan, beispielsweise durch den Ausbau von Straßen. Beim ÖPNV seien die Bemühungen zur Südbahn und die Erhöhung der Bahnsteige genannt, so dass man von einem ausgewogenen Mix sprechen könne, was für die Weitsichtigkeit des Gemeinderats spreche. Der gewählte Standort sei sehr gut. Die Bewertung der Alternativen in der Vorlage sei positiv. Mit dem neuen Standort könne man die Leerfahrten reduzieren und dadurch einen sechsstelligen Betrag einsparen.

StRin Kübler bezeichnet die Maßnahme als wirtschaftlich und zukunftsorientiert, weshalb ihr die volle Zustimmung der SPD sicher sei. Für die SPD sei es enorm wichtig, den ÖPNV nachhaltig zu sichern, da er für viele das einzige Fortbewegungsmittel sei. Daher plädiere man für einen raschen Baubeginn, damit die Fahrzeuge nicht mehr im Freien stehen müssten, wodurch ein Qualitätsverlust in der Beförderung vermieden werden könne.

Auch die Freien Wähler werden nach Auskunft von StRin Vollmer zustimmen. Sie bittet jedoch noch die Entstehung des genannten jährlichen Mehraufwands von 56.000 € zu erläutern.

StR Späh bezeichnet den ÖPNV als wichtig. Mit der Maßnahme erfolge eine Attraktivierung. Eine Lage möglichst nahe am ZOB sei ebenso wichtig wie eine Kostenersparnis durch eine Reduzierung der Leerfahrten. Angesichts der Zuschüsse blieben die Kosten für die Stadt überschaubar. Er fragt, ob das Grundstück altlastenfrei sei, da auf dem Nachbargrundstück offensichtlich Altlasten lagen.

StR Braig lobt die Maßnahme und dass erstmals die Beratungsfolge richtig dargestellt worden sei. Er bezeichnet das Vorhaben als typischen Fall, wie die öffentliche Hand mit Geld umgehe. Stelle man eine Vollkostenrechnung an und habe jährliche Mehraufwendungen von 56.000 €, müssten diese in die Erlösrechnung eingehen. Er fragt, wann eine volle Kostendeckung angestrebt werde und bittet um getrennte Abstimmung über die einzelnen Ziffern der Vorlage.

OB Fettback lässt wissen, dass auf dem Grundstück ehemals eine Hausdeponie gewesen sei, sei bekannt. Das Grundstück sei jedoch bebaubar. Man verpflichte sich, das Grundstück den Stadtwerken altlastenfrei zur Verfügung zu stellen. Dies sei in den Kosten berücksichtigt.

Herr Schilling gibt zu verstehen, würde der Busbetriebshof noch weiter entfernt gebaut, würden die jährlichen Mehraufwendungen noch höher liegen. Auf die Fahrkosten habe dies keine Auswirkungen, da diese vom DING festgelegt würden.

Herr Reuber lässt wissen, der Kostendeckungsgrad beim neuen Busbetriebshof sei höher als bei einem Alternativstandort im Freien oder an einer der anderen Standortalternativen. Die Kosten seien nach Zuschuss gerechnet.

Anschließend tritt der Gemeinderat in die Abstimmung. Ziffer 1 wird bei zwei Enthaltungen (StRe Braig und Funk) und restlichen Ja-Stimmen zugestimmt und Ziffer 1 wird einstimmig zugestimmt.

Somit fasst der Gemeinderat mehrheitlich folgenden

Beschluss:

- 1. Die Gesellschafterversammlung der Stadtwerke Biberach GmbH beauftragt die Stadtwerke Biberach GmbH nach Vorberatung durch den Gemeinderat mit dem Kauf des Teilgrundstücks neben der „Requisitenhalle“ in der Bleicherstraße (Flurstück 1328).**
- 2. Die Gesellschafterversammlung der Stadtwerke Biberach GmbH beauftragt die Stadtwerke Biberach GmbH nach Vorberatung durch den Gemeinderat mit dem Bau eines Omnibusbetriebshofs.**

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 101/2007 zur Information vor.

StR Dullenkopf führt aus, dass Warthausen nicht eingemeindet worden sei, habe sich im Nachhinein als Fehler herausgestellt. Der Vorlage stimme man zu.

StR Keil bittet zu beachten, gemeinsame Industriezonen auch ohne die öffentlich-rechtliche Vereinbarung so zu gestalten, dass ortsansässigen Firmen eine Entwicklung möglich sei. Man müsse daher die Gemeinden im Umland im Auge behalten und in Zukunft habe die richtige Verkehrsführung eine noch größere Bedeutung.

StRin Vollmer signalisiert die Zustimmung der Freien Wähler.

StR Späh bittet Inhalt und Aufgaben des Verwaltungsverbandes darzulegen, da die Gründung schon 30 Jahre zurückliege. Außerdem bittet er über die Gründe für den Bürgerentscheid, der sich gegen eine Auflösung gerichtet habe, zu informieren.

StR Funk meint, man müsse mit allen Nachbargemeinden eine gedeihliche Zusammenarbeit avisieren. Biberach halte viel Infrastruktur vor und man benötige gemeinsame Gewerbegebiete.

OB Fettback gibt zu verstehen, Biberach stehe vor massiven Problemen, da es an seinen Grenzen angelangt sei. Man habe vom Bevölkerungswachstum nicht profitiert im Gegensatz zu den übrigen Landkreisgemeinden. Biberach habe eine Mittelzentrumsfunktion und damit gewisse Lasten zu tragen. Die Frage sei, ab wann eine Entwicklung sich als kritisch erweise. Als Beispiel nennt er die Tatsache, dass 53% der Schüler an weiterführenden Schulen aus dem Umland kämen, wofür man keinen Ausgleich erhalte. Aufgabe der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung sei gewesen, dass Biberach über einen Teil der Gemarkung Warthausen Planungshoheit gehabt habe. Im Grundsatz habe man dieses Planungsrecht jedoch nie ausgeübt, weshalb der Vertrag nie wirklich mit Leben erfüllt worden sei. Man habe versucht, den Vertrag aufzuheben und zeitgleich einen Gemarkungstausch mit Hauderboschen sowie die Absichtserklärung für ein gemeinsames Gewerbegebiet angeboten, wogegen sich ein Bürgerentscheid initiiert habe, der das Vorhaben abschlägig beschieden habe.

Damit hat der Gemeinderat Kenntnis genommen.

Dem Gemeinderat liegen die dieser Niederschrift als **Anlagen 1 und 2** beigefügten Drucksachen Nrn. 84/2007 und 84/2007-1 zur Beratung vor. Die Vorberatung und mehrheitliche Beschlussempfehlung erfolgte im Bauausschuss am 14.06.07.

OB Fettback macht darauf aufmerksam, dass die Maßnahme notwendig sei. Aufgrund der gestiegenen Kosten gegenüber der ursprünglichen Planung habe der Bauausschuss erfolgreich eingehakt, so dass diese reduziert werden konnten.

StR Kolesch führt aus, man habe sich wiederholt mit dem Thema beschäftigt, da man schon 1995 zur Sanierung angehalten worden sei. Deren Notwendigkeit sei von allen Experten bestätigt worden. Das jetzt vorgesehene Sanierungsverfahren sei noch jung und Experten hätten erklärt, dass es kostengünstig und effektiv sei. Die ursprünglich genannten Kosten von 3,8 Mio. € hätten sich um 1,3 Mio. € erhöht, was man kritisch hinterfragt habe. Dies sei wichtig, da man Steuergelder verwalte. Man habe sich die Frage nicht leicht gemacht, sei aber überzeugt worden, dass kein anderer Weg eingeschlagen werden könne. Die Vertreter des Regierungspräsidiums hätten auf Nachfrage versichert, dass nicht das komplette Material entsorgt werden müsse, sofern nur kleine Kontaminationen vorhanden seien. Man baue auf diese Aussage, da sonst die Entscheidungsgrundlage nicht mehr gegeben wäre. Dann spricht er noch eine seines Erachtens seltsame Situation bezüglich des Auffüllmaterials an, für dessen Entsorgung man hier bezahlen müsse, obwohl man andernorts für Auffüllmaterial Geld bekomme. Dies habe man hinterfragt, jedoch keine befriedigende Antwort erhalten. Dennoch könne man das Projekt nicht hieran scheitern lassen. Vom Regierungspräsidium sei ein Zuschuss auch für die höheren Aufwendungen in Aussicht gestellt worden. Die CDU-Fraktion stimme den Maßnahmen zu und hoffe, dass alles wie dargestellt funktioniere.

OB Fettback stellt klar, das Regierungspräsidium habe keine definitive Zusage über die Zuschusshöhe erteilt. Der Vertreter des Regierungspräsidiums habe aber erklärt, dass er die Maßnahme bei den zuständigen Stellen so einbringe, dass auch die Zusatzkosten bezuschusst würden. Ab einer bestimmten Summe (über 5 Mio. €) betrage der Zuschusssatz sogar 75%. Es handle sich um die größte Sanierungsmaßnahme im Regierungsbezirk Tübingen.

StR Keil meint, neben den Finanzen sei man in erster Linie für das Wasser verantwortlich. Daher müsse eine Grundwasserverunreinigung beseitigt werden und man dürfe Qualitätsmaßstäbe in dieser Frage nicht reduzieren, da die Kunden den Anbieter nicht wechseln könnten. Wasser sei ein Grundnahrungsmittel und daher eine hohe Anforderungsqualität erforderlich. Die SPD-Fraktion stimme der Vorlage zu.

StR Rieger führt aus, man wisse nur, dass für den Moment die richtigen Maßnahmen ergriffen würden und verlasse sich auf die Einschätzung der Experten. Man müsse den zweifelhaften Rekord der größten Sanierungsmaßnahme schnellstmöglich loswerden.

StR Weber zeigt sich froh, dass eine Lösung gefunden wurde und appelliert, die Baumaßnahme ständig zu überwachen.

StR Braig meint, die Entscheidungen der letzten Jahre seien wichtig gewesen, da nun aufgrund des technischen Fortschritts eine sinnvolle Entsorgung erfolgen könne. Man habe alles Menschenmögliche gemacht und Müllverkapselung sei schon in Reinstetten erfolgreich praktiziert worden. Die FDP stimme zu.

StR Lemli gibt zu bedenken, in der Nähe befinde sich das Wohngebiet Fünf Linden, weshalb eine Absicherung der Baustelle wichtig sei. Diese dürfe nicht als Spielplatz genutzt werden. Auch müsse man darauf achten, dass von Geruchsbelästigungen keine Gefahren ausgingen.

OB Fettback erwidert, eine Baustellensicherung sei ohnehin Pflicht der durchführenden Unternehmen. Geruchsbelästigungen seien nicht ausschließbar.

Herr Brugger fügt an, diese dürften natürlich nicht gesundheitsgefährdend sein.

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

- 1. Bei HSt. 2.6600.951103.2/100 wird die Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 1.000.000,00 € ganz und bei HSt. 2.6300.951174.2/100 werden von der dort eingestellten Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 455.000,00 € 250.000,00 € für die Bewirtschaftung gesperrt.**
- 2. Bei HSt. 2.7240.960300.9/100 wird die dort eingestellte Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 100.000 € um 1.250.000,00 € erhöht.**
- 3. Die Firma Ecosoil GmbH, Ulm, wird auf der Grundlage ihres Angebotes in Höhe von 3.927.161,88 € mit den notwendigen Arbeiten beauftragt.**
- 4. Die UW-Umweltwirtschaft GmbH, Stuttgart, wird auf der Grundlage ihres Angebotes in Höhe von 86.000,00 € mit der Fremdüberwachung beauftragt.**

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 93/2007 zur Beschlussfassung vor. Die Vorberatung und einstimmige Beschlussempfehlung erfolgte im Bauschuss am 14.06.07.

StRin Brunner fragt, ob ein derartiges Konzept nicht auch für die Ruhestätten der Lebenden, sprich Patenschaften für Wohngebäude, aufgestellt werden könnte.

Herr Brugger gibt den Kostenrahmen zu bedenken.

Ohne weitere Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

- 1. Das Ergebnis der Inventarisierung des „Alten Katholischen Friedhofes“ wird zur Kenntnis genommen.**
- 2. Dem Konzept zur Erhaltung der historischen Grabmale auf dem „Alten Katholischen Friedhof“ wird zugestimmt.**

**TOP 9 Aufhebung eines kw-Vermerkes (künftig wegfallend) an der Stelle
des Kassenverwalters in der Kämmerei**

99/2007

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 99/2007 zur Beschlussfassung vor.

Die Vorberatung und mehrheitliche Beschlussempfehlung erfolgte im Hauptausschuss am 18.06.07.

Ohne Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

Der kw-Vermerk an der Stelle des Kassenverwalters in der Kämmerei entfällt im Stellenplan 2007. Die Stelle wird wieder besetzt.

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 100/2007 zur Beschlussfassung vor. Die Vorberatung und einstimmige Beschlussempfehlung erfolgte im Hauptausschuss am 18.06.07.

OB Fettback dankt den Hauptausschussmitgliedern, die artikuliert hätten, dass in der EDV einiges bewegt werde.

Ohne Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

Im laufenden Stellenplan 2007 wird neu die Stelle eines IT-Sachbearbeiters in Entgeltgruppe 11 aufgenommen.

TOP 11 **Bebauungsplan und örtliche Bauvorschriften "Riedlinger Str. Süd - 1. Änderung"** **103/2007**
a) Bericht vom Ergebnis der vorgezogenen Bürgerbeteiligung und der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange
b) Billigung des Regelwerkentwurfes

Dem Gemeinderat liegt die dieser Niederschrift als **Anlage** beigefügte Drucksache Nr. 103/2007 zur Beschlussfassung vor. Die Vorberatung und einstimmige Beschlussempfehlung erfolgte im Bauausschuss am 14.06.07.

StR Braig ist befangen und begibt sich in die Zuschauerreihen.

Ohne Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

Der aus Bebauungsplan und örtlichen Bauvorschriften bestehende Regelwerkentwurf „Riedlinger Str. Süd – 1. Änderung“ wird zur öffentlichen Auslegung gebilligt. Maßgebend ist der Plan des Stadtplanungsamtes Nr. 882/14 Index B vom 11.05.2007.

TOP 12.1 Bekanntgaben: GPA-Prüfung

OB Fettback teilt mit, die örtliche Prüfung durch die GPA sei erledigt.

TOP 13.1 Verschiedenes: Lärmbelästigungen Pflugmälze

StRin Kübler spricht ihre Schnellanfrage zu Lärmbelästigungen der Pflugmälze an.

Herr Wamsler lässt wissen, seit 23.11.06 sei ein neuer Gastwirt auf der Gaststätte. Am 15.02.07 habe man von der Hausverwaltung die Mitteilung über Klagen zur Lärmbelästigung erhalten. Am 28.02.07 habe ein Gespräch mit allen Beteiligten stattgefunden, in dessen Verlauf der Betreiber zugesagt habe, einen Lärmbegrenzungsregler einzubauen. Dies sei am 09.05.07 erfolgt und es hätten über zwei Stunden Messungen nach Vorgaben des Landratsamts stattgefunden. Seither habe er keine Klagen mehr gehört.

StRin Kübler meint, offensichtlich könnten derartige Lärmbegrenzungsregler umgangen werden. Sie fragt, ob eine Umnutzung des Lokals Richtung Musiklokal erfolgt sei.

Herr Wamsler erwidert, früher habe es sich um eine Speisegaststätte gehandelt, jetzt sei es eine reine Schankwirtschaft mit Musik. Es sei jedoch keine Disko, die auch nicht zulässig wäre.

TOP 13.2 Verschiedenes: Fußwegekonzept

StR Späh bringt vor, zum Fußwegekonzept sei eine Vorlage zugesagt worden. Er fragt, wann die Behandlung dieses Themas vorgesehen sei.

OB Fettback lässt wissen, vermutlich sei das Thema aufgrund der krankheitsbedingten Ausfälle von BM Ogertschnig noch nicht so weit.

TOP 13.3 Verschiedenes: Fahrradabstellplätze

StRin Drews bringt vor, in der Innenstadt seien zu wenig Fahrradabstellplätze vorhanden. Beispielsweise reiche der Platz beim Rathaus bei Gemeinderatssitzungen nicht aus. Zu einer „fitten Stadt“ gehörten jedoch auch genügend Radabstellplätze.

OB Fettback nimmt die Anregung auf.

TOP 13.4 Verschiedenes: Aufgelegte Geschenke

StR Funk fragt, was es mit den aufgelegten Geschenken auf sich habe und ob diese nicht den Markenschutz oder ähnliches tangierten.

Frau Appel lässt wissen, es handle sich um Geschenke des neuen Shops von Thilo Schneider mit Artikeln zum Schützenfest.

OB Fettback lässt wissen, die Schützendirektion habe einen Verein zur Wahrung des Brauchtums gegründet und die Frage des Markenschutzes werde geprüft.

TOP 13.5 Verschiedenes: Bericht aus Telawi

StR Wiest berichtet vom Besuch der Bürgerreise mit kleiner städtischer Delegation über das Wochenende anlässlich des Partnerschaftsjubiläums mit Telawi. Teilgenommen hätten Herr Simon als Leiter des „Zentralapparats“ und er als städtischer Vertreter. Frau StRin Vollmer und Herr „Dr.“ Etzinger hätten privat teilgenommen. Man habe interessante Einblicke erhalten und es seien offensichtlich viele Projekte am Laufen beziehungsweise angestoßen worden. Es werde deutlich, dass die Partnerschaft von bürgerschaftlichem Engagement lebe. Die Verbindung zur Verwaltungsspitze sei wichtig, sie gehe aber immer von privaten Initialzündungen aus. Als Paradebeispiel nennt er den Wiederaufbau der abgebrannten Musikschule. Hier handle es sich um ein Vorzeigeprojekt der Studenten. Die offizielle Einweihung sei Anfang Oktober 2007 geplant.

Die Schule Nr. 9 unterrichte 650 Schüler unter anderem im Hauptfach Deutsch. Das Dach sei zwischenzeitlich auf Initiative von Herrn Etzinger saniert, im Innenbereich sei die Schule aber noch in katastrophalem Zustand. Aus der Decke hänge beispielsweise das Stroh und es sei noch ein großer Sanierungsaufwand erforderlich. Auf Initiative von Herrn Zimmermann sei ein Gebäude für einen Kindergarten gekauft worden, dessen Betrieb auch teilweise unterstützt werde. Hier würden behinderte und gesunde Kinder gemeinsam betreut. Das Jugendhaus „Avantgarde“, ein ehemaliger Schutthaufen, werde ähnlich wie das „Abdera“ privat betrieben. Müll sei nach wie vor ein Problem, auch wenn es mittlerweile Müllfahrzeuge gebe. Der deutsche Soldatenfriedhof sein in ordentlichem Zustand. Insgesamt könne man sagen, das Geld sei gut angekommen, was auch in Telawi so empfunden werde. Wichtig sei es, Verbindung und Verbundenheit zu zeigen.

Zur Verwaltungsstruktur lässt er wissen, im letzten Herbst sei eine Verwaltungsreform erfolgt. Es sei ein großes Problem, festzustellen, wer das Sagen habe. Die Delegation habe den Eindruck gehabt, dass dies für den Vorsitzenden des Gemeinderats zutrefte, der einen guten Eindruck gemacht habe und an der Fortsetzung der Partnerschaft interessiert sei. Gemeinderatsmitglieder hätten dies auch bekundet.

Das Jubiläum sei in bescheidenem Rahmen gefeiert worden. Durch eine Anwesenheit von Oberbürgermeister Fettback könnte ein Signal zur Fortsetzung der Partnerschaft auf Verwaltungsebene gesetzt werden.

Er habe aus Telawi ein Geschenk erhalten, einen kachetischen Ehrendolch. Er überreicht ihn OB Fettback.

Es wird applaudiert.

OB Fettback dankt für den Bericht. Die Begegnung zwischen den Menschen sei wichtig. Ein großes Problem in Georgien stellten die wechselnden Ansprechpartner auf offizieller Ebene dar. Man beteilige sich am Kaukasusprojekt der Bundesregierung. Er zeigt sich überzeugt, dass jeder Euro dieser Bundesmittel von Biberach zumindest verdoppelt werde. Man komme nun in die dritte Phase des Projekts, in der Gelder für konkrete Projekte zugeteilt würden.

Herr Simon meldet sich zu Wort und lässt wissen, er sei erstmals in Georgien gewesen und Land und Leute hätten ihn beeindruckt. Gleiches gelte aber auch für die Repräsentation der Stadt durch die Gemeinderäte. Er nennt das weite Herz von StRin Vollmer, die großen Kenntnisse von StR Etzinger und das immer richtige Stilempfinden von StR Wiest, der den richtigen Ton zwischen

Selbstbewusstsein und bescheidenem Auftreten getroffen habe. Außer seiner technischen Ausstattung sei nichts verbesserbar, weshalb er ihm eine Taschenlampe überreicht, damit er künftig bei Stromausfall gewappnet ist.

Es gibt großen Applaus.

StR Wiest lässt daraufhin wissen, es sein ein Unwetter gekommen und er habe eines seiner Hotel-fenster geöffnet gehabt. Gleichzeitig habe es Stromausfall gegeben und er keine Kerzen zur Hand gehabt, worauf Herr Simon mittels seiner Handybeleuchtung eine Taschenlampe gefunden habe, mit deren Hilfe er feststellen konnte, dass sein Bett unter Wasser stand. Glücklicherweise sei noch ein zweites, trockenes Bett im Zimmer gewesen.

Gemeinderat, 25.06.2007, öffentlich

Zur Beurkundung:

Vorsitzender:	OB Fettback
Stadtrat:	Wiest
Stadträtin:	Kübler
Schriftführerin:	Appel
Gesehen:	EBM Wersch
Gesehen:	BM Ogertschnig